

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt

Vertreterin Gesche Marxfeld

Ausschussvorsitzender Detlef Schön

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Anja Mandt

Ausschussmitglied Olaf Werner

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Vertreter Michael von den Berg

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Mitglied Gruppe FDP/FW

Grundmandat Dr. Günther Schulte

von der Verwaltung

Fachbereich 36 Andre Lachmund

Fachbereich 61 Thomas Springbrunn

Protokollführerin

Fachbereich 61 Joachim Noack

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Olaf Fischer

beratendes Mitglied Volker Hasenmüller

Vertreter Klaus Schumacher

Ausschussmitglied ChristianE Seyffer

Stellv. Ausschussvorsitzender Kristian Stoermer

Ausschussmitglied Petra Stomberg

Grundmandat Detlef Stump

als Gast

Beiratsmitglied Helmut Möhle

Betriebsleitung Technik - Technische Betriebe Wilhelmshaven

Betriebsleiter Tim Menke

Fachbereichsleiter 61

Fachbereich 61 Frank Amerkamp

Fachbereichsleiter Bauordnung

Fachbereich 63 Georg Brunken

Stellv. Fachbereichsleiter

Fachbereich 61 Dr. Christian Hofbauer

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- | | | |
|------|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 07.12.2022 | |
| 4 | Vorlagen an den Rat | |
| 4.1 | Sanierungsgebiet "Westliche Südstadt" Sanierungsbeirat: Änderung der Geschäftsordnung | 11/2023 |
| 4.2 | Berufung der Mitglieder des Sanierungsbeirates "Westliche Südstadt" | 37/2023 |
| 4.3 | Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zur Gesellschaft Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ) | 16/2023 |
| 4.4 | Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes 2019 der Stadt Wilhelmshaven: Änderung verschiedener Bebauungspläne Aufstellungsbeschluss | 24/2023 |
| 4.5 | Bebauungsplan Nr. 125, 3. Änderung Freizeitgelände Fedderwardergroden Süd/Schule 1. Behandlung der Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss | 25/2023 |
| 4.6 | Verkauf Luisenstraße 1 | 34/2023 |
| 4.7 | Antrag WIN@WBV-Fraktion: Sanierungskonzept Verkehrswege Siebethsburg/Rathausviertel, Fedderwardergroden und Altengroden Nord | 510/2023 |
| 4.8 | Behindertenbeirat als beratendes Mitglied in den Ausschüssen APB und BGGs | 13/2023 |
| 5 | Mitteilungen und Anfragen | |
| 5.1 | Fortschreibung Radverkehrskonzept | |
| 5.2 | Resolution "Café-Süd" | |
| 5.3 | Antragstellung BIWAQ V | |
| 5.4 | Eingangstore Innenstadt | |
| 5.5 | Ortseingangsbuchstaben | |
| 5.6 | Angebote/Vergabe Mietspiegel | |
| 5.7 | Parkstraße - ehem. WZ-Gebäude | |
| 5.8 | Ausschusstermine | |
| 5.9 | Sitzungscatering | |
| 5.10 | ehem. Gesundheitsamt Virchowstraße - Glockenspiel | |
| 5.11 | Freiligrathstraße 285 | |
| 5.12 | Peterstraße 86 | |
| 5.13 | Marktstraße West | |
| 6 | Öffentliche Anhörungen | |

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Schön** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die TO wurde einstimmig angenommen.

3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 07.12.2022

Herr **Tönjes** erklärte, dass er aufgrund technischer Probleme das Protokoll bisher nicht einsehen konnte und es sich daher vorbehält, in der nächsten Sitzung mögliche Anmerkungen bzw. Änderungswünsche geltend zu machen.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 07.12.2022 wurde einstimmig angenommen (6 JA, 2 Enthaltungen).

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Sanierungsgebiet "Westliche Südstadt" Sanierungsbeirat: Änderung 11/2023 der Geschäftsordnung

Herr **Dr. Hofbauer** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Tönjes** erläuterte den Änderungsantrag der Bunten.

Frau **Mandt** lehnt die Zustimmung zum Änderungsantrag ab, da die verwendete Begrifflichkeit als vollkommen ausreichend erachtet wird und auch die ehrenamtlich Tätigen hierbei mit berücksichtigt werden.

Herr **Tönjes** begründete die gewünschte Wortwahl ausführlich.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung zum Änderungsantrag der Fraktion „Die Bunten“:

Der Ausschuss für Planen und Bauen **lehnt mit 1 JA-Stimmen und 7 NeinStimmen den Änderungsantrag mehrheitlich ab.**

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Änderung der Geschäftsordnung des Sanierungsbeirates „Westliche Südstadt“ zu (sh. Anlage).

4.2 Berufung der Mitglieder des Sanierungsbeirates "Westliche Südstadt"

Herr **Dr. Hofbauer** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Tönjes** betonte die Bedeutung des Stadtteilbeirates. Dieser soll dem Rat beratend zur Seite stehen. Leider sei dies in den letzten 6 Jahren nicht erfolgt. Er forderte eine aktive Teilnahme der Mitglieder für die Zukunft. Er äußerte weiter seine Bedenken hinsichtlich der Wahl des Beiratssprechers.

Herr **von den Berg** entgegnete, dass er seitens des Beirates stets gut beraten wurde.

Frau **Mandt** bestätigte dies. Sie verteidigte die Wahl des Beiratssprechers.

Herr **Dr. Schulte** kritisierte die Kritik von Herrn Tönjes und verwies auf die eigentliche Aufgabe des Beirates. Dieser habe lediglich die Aufgabe, den Rat beratend zu unterstützen und nicht die Aufgaben oder auch die Organisation eines politischen Gremiums.

Herr **Becker** stimmte dem zu.

Herr **Tönjes** entgegnete, dass Herr Möhle zwar in der Südstadt wohne, allerdings nicht im Sanierungsgebiet. Ihm sind die Aufgaben des Beirates durchaus bewusst.

Nach allgemeiner Zustimmung durch den Ausschuss erklärte Herr **Möhle** (Beiratssprecher), dass er mit Initiator des Stadtteilbeirates gewesen sei. Er bestätigte, dass er nicht im Sanierungsgebiet wohnt. Dennoch habe er sich seit 2001 sehr für die Sanierung eingesetzt habe. Er bestätigte die mangelnde Beratung durch den Beirat, allerdings habe teilweise auch sehr lange keine Sitzung stattgefunden. Er begrüßte, dass dieser Beirat nun einmal im Quartal zusammenkommen soll.

Herr **Schön** erklärte, dass auch die SPD die Wahl von Herrn Möhle zum Beiratssprecher unterstützt.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beruft die in der Anlage aufgeführten Personen zu Mitgliedern des Sanierungsbeirates „Westliche Südstadt“ sowie deren Vertretungen.

4.3 Beitritt der Stadt Wilhelmshaven zur Gesellschaft Verkehrsregion 16/2023 Nahverkehr Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ)

Herr **Springbrunn** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Frau **Mandt** fragte, aus welchem Grunde zwei Geschäftsführer bestellt wurden.

Herr **Springbrunn** erläuterte die Umstände.

Frau **Mandt** fragte, aus welcher Gebietskörperschaft der zweite Geschäftsführer kommt.

Herr **Springbrunn** antwortete, dass dies noch nicht bekannt sei.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. **Der Rat stimmt der Gründung der „Gesellschaft Verkehrsregion Ems-Jade mit beschränkter Haftung (GVEJ“) auf der Grundlage der Gesellschaftersatzung (Anlage) zu und wird damit Gründungsgesellschafter der GVEJ.**
2. **Der Rat stimmt zu, dass die Stadt Wilhelmshaven zur Gründung der Gesellschaft eine Stammeinlage in Höhe von 3.125,- Euro tätigt.**
3. **Die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven wird ermächtigt, die Gründungsgesellschafterversammlung durchzuführen.**

4.4 Umsetzung des Einzelhandelskonzepte 2019 der Stadt 24/2023 Wilhelmshaven: Änderung verschiedener Bebauungspläne Aufstellungsbeschluss

Herr **Schön** erklärte, dass keine textliche Fassung akzeptiert werde, welche den Bestand von ALBA oder die angrenzenden gewerblichen Betriebe gefährden werden. Er möchte eine Gegenüberstellung der alten mit der neuen Fassung der textlichen Festsetzungen bei allen zur Änderung anstehenden Bebauungsplänen.

Herr **Brandt** stellte den Antrag der Zurücküberweisung an die Verwaltung.

Herr **Werner** schloss sich dem an.

Herr **Tönjes** erklärte, dass eine Zurücküberweisung an die Verwaltung nicht

möglich ist, es bliebe nur die Nichtbefassung. Er schlug vor, dass die Verwaltung die Beschlussvorlage zurückzieht.

Herr **Amerkamp** erläuterte, dass es sich hier um ein übliches Verfahren handelt. Es handelt sich hier um Bebauungspläne, welche auf der alten BauNVO beruhen und es sich hier ausschließlich um die Steuerung bzw. den Ausschluss von Einzelhandelsbetrieben durch Anpassung an die BauNVO im Sinne des Auftrags aus dem beschlossenen Einzelhandelskonzepts handelt. Er erklärte, dass auch andere Behörden und Institutionen an dem Verfahren beteiligt sind. Er erklärte seine Bereitschaft zum Zurückziehen der Vorlage zwecks Erstellung einer entsprechenden Synopse.

Herr **Schön** wertete dieses als Zurückziehen der Beschlussvorlage.

Beschluss:

-zurückgezogen-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), die Änderungen folgender Bebauungspläne: 30, 7. vereinfachte Änderung - FLENSBURGER STRASSE -, 36A, 2. vereinfachte Änderung - EBKERIEGE WEST -, 36C, 1. vereinfachte Änderung - EBKERIEGE-PETERSTRASSE -, 40, 8. vereinfachte Änderung - HAVERMONIKENSTRASSE / KOHLENHAFEN -, 43B, 1. vereinfachte Änderung - GRENZSTRASSE – SÜDL. BREMER STRASSE -, 80, 3. vereinfachte Änderung - GEBIET LADESTRASSE -, 80A, 7. vereinfachte Änderung - GÜTERSTRASSE -, 94, 1. vereinfachte Änderung - GEWERBEGEBIET SÜDLICH FLUTSTRASSE -, 94C, 6. vereinfachte Änderung - GEWERBEGEBIET NIEDERSACHSENDAMM -, 164B, 1. vereinfachte Änderung - MARKTSTRASSE WEST – ÖSTLICHER TEILBEREICH -, 166, 2. vereinfachte Änderung - SÜDLICH GROSS BELT -, 184, 5. vereinfachte Änderung - HEUWEG WEST -, 214, 1. vereinfachte Änderung - TECHNOLOGIE PARK – EHEMALIGE MARINE BANT.

Die Bebauungsplanänderungen werden im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB als ergänzender Textbebauungsplan ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der

Niederschrift.**4.5 Bebauungsplan Nr. 125, 3. Änderung Freizeitgelände 25/2023
Fedderwardergroden Süd/Schule 1. Behandlung der
Stellungnahmen und 2. Satzungsbeschluss**

Aufgrund der bisherigen Vorbefassung des Ausschusses mit diesem Thema wurde auf weitere Ausführungen verzichtet.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gem. Vorlage (Ergänzungsblatt Seite 01 bis 04). Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 10 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147), i. V. m. §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. geltenden Fassung den Bebauungsplan Nr. 125, 3. Änderung - Freizeitgelände Fedderwardergroden Süd/Schule - Zusatz: aufgestellt im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB) als Satzung. Die Begründung in der Fassung vom 22.12.2022 mit den Angaben nach §2a BauGB ist dem Bebauungsplan gem. §9 (8) des BauGB beigefügt. 4

Der Rat nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan im Bereich des Bebauungsplans im Wege der Berichtigung gem. § 13 a (2) Nr. 2 BauGB entsprechend der vorliegenden Darstellung angepasst wird (Berichtigung Nr. 31)

Herr **Amerkamp** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Tönjes** bedankte sich für die Information. Er stellte fest, dass sich die Politik damit nicht befassen müsse, da es sich hier um einen Verkauf durch eine städtische Tochter handelt. Anders wäre es bei Entscheidungen im Rahmen der Ausübung des Vorkaufsrechts.

Herr **von den Berg** fragte nach der Vorstellung des vorliegenden Angebots.

Herr **Amerkamp** antwortete, dass dieses in der letzten Sitzung des APB vorgestellt wurde.

Herr **Becker** fragte nach der juristischen Einschätzung durch die Verwaltung.

Herr **Amerkamp** antwortete, dass der Verwaltung durch den Rat hier ein Vorbehalt eingeräumt wurde. Richtig ist, dass es sich um eine städtische Tochter handelt, über die der Rat nicht zu entscheiden hat. Allerdings sei es Wunsch der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft, dass hier eine Ratsentscheidung gefällt wird.

Herr **Schön** begrüßte die Vorlage und Information.

Herr **Tönjes** erinnerte daran, dass nun der Rat informiert ist, nicht aber die Öffentlichkeit, welche hier ein starkes Interesse an dem Gebäude hat.

Da es sich lediglich um eine Informationsvorlage handelt ist eine Beschlussfassung obsolet.

Beschluss:

-zur Kenntnisnahme-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Verkauf des Objektes Luisenstraße 1 mit einer Grundstücksgröße von 1972 m² in Ermangelung mehrheitsfähiger Ausschreibungs-ergebnisse nicht zu.

4.7 Antrag WIN@WBV-Fraktion: Sanierungskonzept Verkehrswege 510/2023 Siebethsburg/Rathausviertel, Fedderwardergroden und Altengroden Nord

Herr **Becker** verlas den Antrag und begründete ihn ausführlich.

Herr **Tönjes** fragte, ob die Realität so aussieht wie im Antrag geschildert und er

fragte weiter, wie sinnvoll es sei, hier ein Teilprojekt zu machen, während ein Gesamtkonzept für die Stadt erarbeitet wird und auch erforderlich ist.

Herr **Amerkamp** verwies auf den Umfang der Untersuchungen und Umsetzungen sowie die derzeit relativ dünne Personaldecke.

Herr **Menke** ergänzte, dass in 2019/2020 eine Zustandserfassung des gesamten Verkehrsraumes erstellt wurde. Die hier betroffenen Bereiche sind auch Schwerpunkte im Bereich der erforderlichen Maßnahmen.

Herr **von den Berg** bat um Stellungnahme von Herrn Lachmund. Dies wurde auf den TOP 5.1. verschoben. Er bedankte sich weiter bei Herrn Menke und stimmte dessen Einschätzungen zu.

Herr **Tönjes** bat darum, die Meinung von Herrn Lachmund hinsichtlich einer Stadtteilplanung einzuholen anstatt einer Gesamtplanung.

Herr **Lachmund** antwortete, dass die Betrachtung stadtteilweise erfolgen kann, aber sehr ressourcenintensiv ist.

Herr **Dr. Schulte** erklärte, dass er von der Stadtteilbetrachtung nichts halte und er eher ein Gesamtkonzept erwarte.

Herr **Tönjes** beantragte, den TOP zu vertagen und bat um weitere Informationen seitens der Verwaltung und TBW.

Herr **Becker** lehnte eine Vertagung ab und erläuterte nochmals die Notwendigkeit der Vorlage.

Herr **von den Berg** erklärte, dass auch er einer Vertagung nicht zustimmen werde.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen **lehnt mit 1 JA-Stimme und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich die Vertagung dieses TOP ab.**

Herr **Schön** übergab die Leitung der Sitzung an Frau Marxfeld.

Herr **Schön** begrüßte die Absicht der Straßensanierung. Seitens der SPD ist es allerdings nicht nachvollziehbar, dass hier Siebethsburg eine Sonderrolle einnehmen soll. Er verwies auf das Straßenkataster, wo die entsprechenden Sanierungserfordernisse festgehalten sind. Auch für Fedderwardergroden sowie Altengroden Nord seien dringend Sanierungsmaßnahmen erforderlich.

Herr **Becker** gab seiner Verwunderung über die angekündigte Ablehnung seitens der SPD Ausdruck. Er verwies auf die Möglichkeit der Generierung von Fördermitteln.

Herr **Schön** übergab die Sitzungsleitung an Frau Marxfeld.

Herr **Schön** erwiderte, dass man nie in Betracht gezogen habe, die Gartenstadt Siebethsburg aus der Sanierung auszunehmen, eher das Gegenteil ist der Fall. Allerdings möchte man die Straßen der gesamten Stadt sanieren.

Frau **Marxfeld** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Beschluss:

-bei Stimmengleichheit abgelehnt-

Beschlussvorschlag:

**Der Rat beschließt,
die Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven wird beauftragt,
vorrangig ein Konzept zur Sanierung und Weiterentwicklung der
Verkehrswege (Straßen, Rad- und Fußwege) in
Siebethsburg/Rathausviertel und Fedderwardergroden inkl. des
südlich angrenzenden Altengroden-Nord vorzulegen.**

**Im Rahmen des Konzepts sind auch die Verkehrsführungen zu
analysieren und ggf. anzupassen. Dem nicht-motorisierten Verkehr
ist dabei besondere Beachtung zu gewähren. Aktuell laufende
Maßnahmen und Planungen zur Radwegesanierung und -
erweiterung sind einzubeziehen.**

**Geeignete Fördermittelquellen, wie beispielsweise die Ausweisung
entsprechender Sanierungsgebiete, sind zu eruieren. Im Rahmen
der Finanzierungsplanung und auf Basis der jeweiligen
Fördermöglichkeiten und ihrer Bedingungen sind ggf. die
Priorisierungen der Maßnahmen mit Begründungen darzulegen.**

Begründung:

Die TBW-Ausschussmitglieder haben sich in einer gemeinsamen Begehung in Siebethsburg von dem hohen Sanierungsbedarf ein Bild gemacht.

In den genannten Teilen des Stadtnordens, Fedderwardergroden inkl. Altengroden-Nord, haben Bürgerinnen und Bürger sowie die Politikerinnen und Politiker, die vor Ort in diesen Stadtteilen wirken, gleiche Missstände festgestellt und vorgebracht:

- Holperpisten und Schlaglöcher rütteln nicht nur Rad- und Autofahrer durch, sie sind auch für Menschen mit Handikaps, die z.B. auf Rollstühle angewiesen sind nicht oder nur unter Gefahren nutzbar.
- Baumwurzeln drücken die Pflasterung an Straßenrändern, Fahrradwegen und Bürgersteigen hoch. Sie stellen eine ständige Stolper- und Sturzgefahr dar.
- Versackungen führen zu Pfützenbildung und mehr.

- Zu hohe Bordsteine führen nicht nur zu Beschädigungen an Fahrzeurtüren, sondern sind körperliche Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer.
- Durch Schnee, Eis, Starkregen und Dunkelheit werden diese Gefahren deutlich größer und durch die Betroffenen nicht mehr beherrschbar.
- Der nicht-motorisierte Verkehr wird durch ständige Erfordernisse des Ausweichens, Umgehens/Umfahrens usw. besonders gefährdet. Die Parkplatzsituation bzw. das Parken der KFZ erschwert die Situation zusätzlich. Die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger wird erheblich eingeschränkt.

Um diese Situation nachhaltig zu beseitigen, reicht die kurzfristige Sanierung der größten Missstände nicht aus. Daher ist im Zuge der Konzepterstellung zu prüfen, inwieweit die Verkehrsführungen in den genannten Stadtteilen, z.B. durch Einbahnstraßenregelungen, durch Maßnahmen der Verkehrsberuhigung, durch Parkplatzregelungen u.ä. optimiert werden können.

Insbesondere die genannten Stadtteile, Fedderwardergroden inkl. Altengroden-Nord und Siebethsburg/Rathausviertel sind gekennzeichnet durch Bevölkerungsgruppen, die besonders unter den Folgen maroder Verkehrswege leiden; ältere Menschen, Menschen mit Handicap, Familien mit Kindern benötigen ein möglichst gefahrloses, barrierefreies Umfeld. Diesen Gruppen müssen wir über die reine Gefahrenabwehr hinaus Erleichterungen bei der alltäglichen Mobilität bieten.

4.8 Behindertenbeirat als beratendes Mitglied in den Ausschüssen APB 13/2023 und BGGs

Herr **von den Berg** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Tönjes** widersprach einer en-bloc-Abstimmung und forderte eine Abstimmung zu jedem Unterpunkt.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen **beschließt mit 7 JA-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig:**

1. Der Ausschuss Planen und Bauen (APB) und der Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (BGGs) wird um jeweils ein beratendes Mitglied aus dem Behindertenbeirat erweitert.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen **beschließt mit 7 JA-Stimmen und 1 NEIN-**

Stimme mehrheitlich:

2. Hierfür ist die Geschäftsordnung des Rates entsprechend anzupassen.

2.1. § 27 Abs. 6 wird wie folgt geändert:

„(6) Der Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude besteht aus 9 Ratsfrauen und Ratsherren, die gleichzeitig dem Ausschuss für Planen und Bauen angehören sollen, die/der nicht stimmberechtigten Betriebsleiterin/Betriebsleiter, sowie einem nicht stimmberechtigten Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven. Für die Mitglieder sind Stellvertreterinnen/ Stellvertreter zu berufen.“

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen **beschließt mit 7 JA-Stimmen und 1 NEIN-Stimme mehrheitlich:**

2.2. §27 Abs. 7 wird ersetzt durch:

„(7) Der Ausschuss Planen und Bauen besteht aus neun Ratsfrauen und Ratsherren, sowie einem nicht stimmberechtigten Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven.“

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen **beschließt mit 7 JA-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig:**

2.3. §27 Abs. 8 wird ergänzt:

„(8) Die Fraktionen und Gruppen benennen für jeden Ausschuss Vertretungen für ihre Ausschussmitglieder.“

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen **beschließt mit 7 JA-Stimmen und 1 NEIN-Stimme mehrheitlich:**

3. Zusätzlich ist die Satzung des Eigenbetriebes GGS wie folgt zu ändern:

§4 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

„(2) Der Betriebsausschuss besteht aus neun vom Rat gewählten Mitgliedern, der nicht stimmberechtigten Betriebsleitung, sowie einem nicht stimmberechtigten Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven.“

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung:

Der Ausschuss für Planen und Bauen **beschließt mit 8 JA-Stimmen einstimmig:**

4. Auf Vorschlag des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven wird Herr Lars Peichert als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Planen und Bauen und Herr Walther Schäfer als beratendes Mitglied in den Betriebsausschuss

Grundstücke und Gebäude berufen.

Als Vertreterinnen werden Frau Birgit Schneegold (Ausschuss für Planen und Bauen) und Frau Heike Erhardt-Maaß (Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude) benannt.

Beschluss:

-getrennte Abstimmung-

1. Der Ausschuss Planen und Bauen (APB) und der Betriebsausschuss Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (BGGG) wird um jeweils ein beratendes Mitglied aus dem Behindertenbeirat erweitert.

2. Hierfür ist die Geschäftsordnung des Rates entsprechend anzupassen.

2.1. § 27 Abs. 6 wird wie folgt geändert:

„(6) Der Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude besteht aus 9 Ratsfrauen und Ratsherren, die gleichzeitig dem Ausschuss für Planen und Bauen angehören sollen, die/der nicht stimmberechtigten Betriebsleiterin/Betriebsleiter, sowie einem nicht stimmberechtigten Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven. Für die Mitglieder sind Stellvertreterinnen/ Stellvertreter zu berufen.“

2.2. §27 Abs. 7 wird ersetzt durch:

„(7) Der Ausschuss Planen und Bauen besteht aus neun Ratsfrauen und Ratsherren, sowie einem nicht stimmberechtigten Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven.“

2.3. §27 Abs. 8 wird ergänzt:

„(8) Die Fraktionen und Gruppen benennen für jeden Ausschuss Vertretungen für ihre Ausschussmitglieder.“

3. Zusätzlich ist die Satzung des Eigenbetriebes GGS wie folgt zu ändern:

- §4 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

„(2) Der Betriebsausschuss besteht aus neun vom Rat gewählten Mitgliedern, der nicht stimmberechtigten Betriebsleitung, sowie einem nicht stimmberechtigten Mitglied des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven.“

4. Auf Vorschlag des Behindertenbeirates der Stadt Wilhelmshaven

wird Herr Lars Peichert als beratendes Mitglied in den Ausschuss für Planen und Bauen und Herr Walther Schäfer als beratendes Mitglied in den Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude berufen.

Als Vertreterinnen werden Frau Birgit Schneegold (Ausschuss für Planen und Bauen) und Frau Heike Erhardt-Maaß (Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude) benannt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Fortschreibung Radverkehrskonzept

Frau **Mandt** kritisierte die Probleme mit der Technik.

Herr **Lachmund** stellte den aktuellen Stand, die Planung und den Zeitplan für das Radverkehrskonzept ausführlich vor.

Herr **Schön** bat darum, die Präsentation per email zu erhalten.

Frau **Marxfeld** bedankte sich für den Vortrag und kritisierte, dass auf der Kniprodestraße die Kennzeichnungen auf der Straße nicht zu enträtseln sind und für Verwirrung unter den Verkehrsteilnehmern sorgen.

Herr **von den Berg** begrüßte die Aussicht dahingehend, tiefer in die Materie einzusteigen. Er fragte bezüglich der Peter- und Bismarckstraße, welche für Autofahrer auf das Feinste hergerichtet werden, Radfahrer allerdings unberücksichtigt blieben, ob die Stadt hier noch Zugriff hätte.

Herr **Brandt** begrüßte die Fortschreibung und fragte, ob bei der Grundlagenermittlung auch die Hindernisse berücksichtigt werden und ob Sofortmaßnahmen auch wirklich sofort eingeleitet werden und nicht erst am Jahresende. Es gibt ausreichend kritische und gefährliche Punkte in der Stadt.

Herr **Dr. Schulte** beantragte, dass der Ausschuss sich auf das Radverkehrskonzept konzentriere und nicht andere Thematiken mit eingebracht werden.

Herr **Schön** erklärte, dass die Ausführungen seitens der bisherigen Redner durchaus im Zusammenhang mit dem TOP stehen.

PAUSE 15 Minuten

Frau **Mandt** bedankte sich für die Präsentation. Die CDU-Fraktion freue sich über die Vorlage des Endergebnisses in etwa 10 Monaten. Sie bat um Einstellung der Präsentation ins RIS.

Herr **Tönjes** schloss sich dem an und fragte, ob auch sogenannte Radschnellwege

geplant würden.

Herr **Becker** bat um ausführliche Erläuterung der Situation in der Kniprodestraße.

Herr **Schön** erklärte, dass Radschnellwege unbedingt zum Konzept dazugehören, um mehr Bürger vom Auto zur Radnutzung zu bewegen.

Herr **Lachmund** antwortete, dass

- Bezüglich der Kniprodestraße die Kennzeichnung noch nicht beendet ist und ein durchgehender Radweg noch nicht vorhanden ist. Hier soll ein Schutzstreifen noch angelegt werden, die Maßnahmen sind allerdings witterungsbedingt noch nicht abgeschlossen.

- Bezüglich Peter- und Bismarckstraße die Lösung der vorhandenen Probleme (kein Radweg) mit in das Konzept eingehen.

- Im Rahmen der Grundlagenermittlung werden auch die Unfallstatistiken ausgewertet und berücksichtigt. Dies gilt auch für den Bereich der Querungen (Wartezeiten etc.)

- Radschnellwege/Radvorrangrouten werden für die Konzepterstellung eine wichtige Rolle spielen.

Herr **Becker** führte aus, dass die Verkehrsteilnehmer durch die derzeitige Verkehrsführung/-kennzeichnung im Bereich der Kniprodestraße verwirrt reagieren und die zeitliche Planung hier nicht bekannt war. Hier wäre eine bessere terminliche Planung erforderlich.

Herr **Brandt** fragte nach einer Liste der Sofortmaßnahmen.

Herr **Lachmund** antwortete, dass diese noch nicht vorliegt und vom beauftragten Büro erstellt wird.

Herr **Brandt** wünscht sich diese Liste zum April

Herr **Lachmund** hält dies für nicht machbar, da man dann die Bürgerbeteiligung übergehen würde.

5.2 Resolution "Café-Süd"

Herr **Möhle** erläuterte ausführlich die aktuelle Situation und bat um Unterstützung der Resolution.

5.3 Antragstellung BIWAQ V

Herr **Dr. Hofbauer** erläuterte ausführlich die Programmförderrichtlinien sowie das

weitere Verfahren, die Ziele und möglichen Kosten/Förderungen.

Frau **Mandt** bedankte sich und bat um Erläuterung des Projektes BIWAQ.

Herr **Dr. Hofbauer** antwortete, BIWAQ bedeute Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier.

Herr **Tönjes** bat darum, weitere Informationen zur Verfügung zu stellen.

Herr **Möhle** ergänzte, dass es hier um Mittel aus dem europäischen Sozialfonds geht.

5.4 Eingangstore Innenstadt

Herr **Dr. Hofbauer** erläuterte ausführlich die überarbeiteten Planungen bezüglich der Eingangstore sowie die Einwendung seitens des Denkmalschutzes bezüglich des Standortes Marktstraße Ost. Aufgrund des Zeiterfordernisses ist das Projekt nicht mehr umsetzbar, eine Verlängerung der Maßnahme aufgrund der geringeren Kosten durch den Wegfall eines Tores nicht möglich, da die Anforderungen hierfür nicht erfüllt sind.

Herr **von den Berg** führte aus, dass der Standort Marktstraße Ost durchaus wichtig sei und hier eine mit der Denkmalschutz abgestimmte Planung vorgelegt werden soll.

Herr **Becker** fragte, wo das Tor stehen könne, ohne mit dem Denkmalschutz in einen Konflikt zu geraten und wie man das Projekt noch umsetzen könne.

Herr **Dr. Hofbauer** antwortet, dass ein neuer Standort gefunden werden müsse, da aufgrund des Denkmalschutzes für das ehem. Karstadtgebäude dieser Standort nicht in Frage kommt.

Herr **Werner** bat darum sich zu bemühen, das Projekt umzusetzen.

Herr **Brunken** erläuterte die Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde und stellte Lösungsmöglichkeiten vor (andere Farbe, Verzicht auf LED-Beleuchtung).

Herr **Schön** fragte, ob dieses Projekt mit den Kaufleuten abgesprochen wurde und wie hoch der städtische Anteil an den Kosten ist.

Herr **Dr. Hofbauer** antwortete, dass 10% der Kosten seitens der Stadt getragen werden müssen.

Herr **Menke** ergänzte, dass der CIV sowie WTF in die Planungen mit eingebunden wurden.

Herr **Brandt** schlug den Eingang Grenzstraße als Standort vor.

Herr **Becker** fragte, ob an dem ehemaligen Verlagsgebäude in der Parkstraße noch Arbeiten zur Verschönerung geplant sind.

Herr **Dr. Hofbauer** erklärte, dass dies nicht bekannt ist. Hinsichtlich der Standorte führte er aus, dass benachbarte Gebäude sowie Leitungswege im Rahmen der

Planungen zu berücksichtigen sind.

Herr **Werner** kritisierte, dass man mit der Planung nicht frühzeitig begonnen habe, da man den Förderbescheid ja hat erwarten können. Eine Kostenerhöhung von 60.000 € bei einem städtischen Anteil von 6.000 € sollte kein Problem darstellen.

Herr **von den Berg** führte aus, dass derartige Projekte mehr als überfällig sind. Er kritisierte, dass die Verwaltung hier jetzt auf die Bremse tritt aufgrund der zeitlichen Enge. Dies sei inakzeptabel.

Frau **Marxfeld** schlug vor, die Lösungsmöglichkeiten der Denkmalschutzbehörde anzunehmen und das Tor entsprechend zu ändern, um das Projekt umzusetzen.

Herr **Brunken** zeigte Entgegenkommen, sofern eine Änderung der Farbe und ein Verzicht auf die LED-Beleuchtung erfolgt.

Herr **Menke** erklärte auf Nachfrage von Herrn Tönjes, dass bei einer Verlängerung der Maßnahme sich der Eigenanteil der Stadt um 55.000 € erhöht, da die Mehrkosten nicht gefördert werden. Er erläuterte den strammen zeitlichen Rahmen und die Bemühungen der Verwaltung zur Umsetzung.

Herr **Dr. Schulte** kritisierte die Mehrkosten und gab seinem Missfallen hinsichtlich der Torgestaltung Ausdruck.

Frau **Mandt** kritisierte das Aussehen der Tore ebenfalls und bat um Aufklärung, ob eine Umsetzung möglich ist und eventuell Einsparungen erzielt werden können.

Herr **Menke** erklärte, dass das Projekt bis zum 15.05. umgesetzt werden muss und eine Verlängerung nur möglich ist, wenn die Kosten mindestens 200.000 € betragen.

An der weiteren Diskussion über das Programm ReAct (geplante Maßnahmen, Ausschreibung) beteiligten sich die Ausschussmitglieder **Becker, Werner** und Herr **Menke**.

5.5 Ortseingangsbuchstaben

Herr **Menke** stellte das Projekt ausführlich vor.

Herr **Schön** bat um Einstellung der Präsentation ins RIS und fragte nach den Kosten.

Herr **Menke** antwortete, dass eine dezidierte Kostenschätzung noch nicht erfolgt ist.

Herr **Tönjes** kritisierte, dass nicht ausreichend Informationen vor einer Sitzung zur Verfügung gestellt werden.

An der nachfolgenden Diskussion über Kosten, Bauweise der Ortseingangsbuchstaben beteiligten sich die Ausschussmitglieder **Werner, Dr. Schulte, Schön** und Herr **Menke**.

5.6 Angebote/Vergabe Mietspiegel

Herr **Dr. Hofbauer** erläuterte die Entscheidung der Verwaltung für die Erstellung eines grundsicherungsrelevanten Mietspiegels sowie das weitere Verfahren.

Frau **Mandt** bat um kurzfristige Einstellung der Daten ins RIS.

Herr **Tönjes** fragte, ob der angesetzte Zeitrahmen reicht zwecks Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben.

Herr **Dr. Hofbauer** antwortete, dass die Planung noch genügend zeitlichen Spielraum lasse.

5.7 Parkstraße - ehem. WZ-Gebäude

Herr **Becker** fragte, wann bei diesem Gebäude etwas passiert bzw. wann die Verwaltung tätig wird. Für die Außenanlagen müsse eine Baugenehmigung erteilt worden sein und der lediglich teilweise Rückbau sei nicht akzeptabel und störe das allgemeine Erscheinungsbild.

Herr **Brunken** antwortete, dass die Verwaltung bei Standsicherheitsdefiziten aktiv werde. Das Gebäude steht nicht unter Denkmalschutz. Hinsichtlich der Baugenehmigung wird die Angelegenheit überprüft.

5.8 Ausschusstermine

Herr Becker kritisierte, dass heute zwei Sitzungen gleichzeitig stattfinden. Dies sollte in Zukunft besser koordiniert werden.

5.9 Sitzungscatering

Herr **Becker** bat darum, für die Sitzungen künftig auch Kaffee und Tee zur Verfügung zu stellen.

5.10 ehem. Gesundheitsamt Virchowstraße - Glockenspiel

Herr **Werner** fragte nach dem Sachstand.

Herr **Brunken** erklärte, dass die Verwaltung die Eigentümerin kontaktieren werde. Der Ausschuss für Planen und Bauen wird in der nächsten Sitzung über den Sachstand informiert.

5.11 Freiligrathstraße 285

Herr **van den Berg** fragte nach einem bebauten Grundstück in der Freiligrathstraße 285, welches noch bewohnt, aber in absolut desolatem Zustand und eigentlich unbewohnbar ist.

Herr **Brunken** antwortete, dass es dort während der Bauphase einen Brand gegeben hat. Der Eigentümer wurde letztes Jahr wegen Mängeln angehört und die Nutzung der Balkone sowie weiterer Bereiche des Gebäudes wurde untersagt. Das Bauordnungsamt wird das Gebäude erneut kontrollieren.

Herr **Brandt** wies auf die vorhandene Bodenbelastung hin.

5.12 Peterstraße 86

Herr **Werner** fragte, wann der Bauschutt abtransportiert wird wie dies seitens des Oberbürgermeisters versprochen wurde.

Herr **Brunken** antwortete, dass der Abbruch aus bauordnungsrechtlicher Sicht zur Gefahrenabwehr erforderlich gewesen war. Eine Ersatzvornahme für die Schuttbeseitigung wurde aus Kostengründen nicht eingeleitet, da die Stadt hier in Vorleistung treten muss.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Ausschussmitglieder **Werner, Becker, Brandt, van den Berg** und Herr **Brunken**.

5.13 Marktstraße West

Herr **Schön** fragte nach dem Sachstand.

Herr **Amerkamp** antwortete, dass man sich im Verfahren befinde und erst letzte Woche mit dem Vorhabenträger gesprochen habe. Dieser muss nun die Anzahl der Stellplätze verringern und die vorhandene Baumreihe wiederherstellen (Planungstechnisch). Er erläuterte weiter die durch den Vorhabenträgers erforderlichen Maßnahmen. Diese werden mit dem künftigen Betreiber diskutiert und nach Abschluss im Ausschuss präsentiert.

An der darauffolgenden Diskussion bezüglich Investoren und Planungen beteiligten sich die Ausschussmitglieder **Schön, Werner** sowie Herr **Brunken**.

6 Öffentliche Anhörungen

Frau **Niedrig** fragte, wie teuer die Buchstaben im Bereich der WTF waren und kritisierte, dass die nachgeahmten Holznieten bereits zum großen Teil fehlen.

Herr **Amerkamp** erklärte, dass man dies an die WTF weitergebe und dann im nächsten Ausschuss für Planen und Bauen Auskunft gegeben werden kann.

Frau **Niedrig** fragte weiter hinsichtlich des Konzeptes Tonndeich (BIWAQ), wie weit da eine Sanierungserweiterung vorgesehen ist. Sie fragte weiter nach dem Sanierungsträger.

Herr **Dr. Hofbauer** antwortete, dass nicht die Sanierung erweitert werde sondern lediglich das Sanierungsgebiet, Sanierungsträger ist re-urban.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 19:10 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in